

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/206

27. Oktober 1971

Auf dem Weg zur Wehrgerechtigkeit

Zügige Lösung eines kardinalen Gesellschafts-
problems

Von Karl Wilhelm Beckhau MdP
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
verteidigungsministerium

Seite 1 und 2 98 Zeilen

Kein Test für Parlamentarier

Hoch harte politische Arbeit in Baden-
Württemberg nötig

Von Heinz Bühringer MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD
in Baden-Württemberg

Seite 3 und 4 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt an die SPD-Mitglieder

Seite 5 bis 7 139 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9753
Pressnhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 846 886 847
899 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Auf dem Weg zur Wehrgerechtigkeit

Zügige Lösung eines kardinalen Gesellschaftsproblems

Von Karl Wilhelm Berkhan MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium

Die Wehrpflicht ist eine der wichtigen Einrichtungen unseres Staates. Wer es mit der Sicherheit und Verteidigung unseres Staates ernst nimmt, muß sich um die Bewahrung des Wehrpflichtprinzips kümmern. Wehrgerechtigkeit ist seit langem als eine Gefahr für das Wehrpflichtprinzip erkannt worden. Die sozial-liberale Koalition hat gehandelt.

In ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hatte die Bundesregierung ihre Absicht besonders beim Maximum an Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung der wehrpflichtigen jungen Männer zu schaffen". Sie hat zugleich angekündigt, daß sich dabei Konsequenzen für die Dauer des Grundwehrdienstes ergeben könnten.

Nach seiner Amtsübernahme hatte der neue Bundesminister der Verteidigung Heintz Schridt sofort mit einer kritischen Bestandsaufnahme der Bundeswehr begonnen. Diese Bestandsaufnahme hat neben vielen anderen Problemen auch das Problem der Wehrgerechtigkeit in seiner vollen Bedeutung gezeigt. Nur 60 vH der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs wurden eingezogen. In Weißbuch 1970 "Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr" ist der Befund veröffentlicht und die Einsetzung einer Wehrstruktur-Kommission angekündigt worden. Diese Kommission beruht von der Bundesregierung im Juli 1970 und geleitet von der ehem. SPD-MdB Dr. Karl Köster, hat sich unverzüglich an ihre erste Aufgabe gemacht, nämlich der Bundesregierung Vorschläge zu unterbreiten, wie für dieses Jahrzehnt größere Wehrgerechtigkeit verwirklicht werden kann, ohne die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu schmälern oder den Umfang der Streitkräfte zu vergrößern.

Am 3. Februar 1971 hat die Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung und der Öffentlichkeit ihren Bericht "Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland" übergeben. Nach eingehender Prüfung durch die Bundesregierung und im Zusammenhang mit den Beratungen über den Bundeshaushalt 1971 und die mittelfristige Finanzplanung hat die Bundesregierung im September 1971 ihre Entscheidungen getroffen.

Größere Wehrgerechtigkeit verlangt, daß mehr Bürger ihren Wehrpflicht nachkommen. Um dabei eine Vergrößerung des Streitkräfteumfangs zu vermeiden - sie wäre weder außenpolitisch klug noch finanziell oder anderweitig vorstellbar - muß die Dauer des Grundwehrdienstes verkürzt werden. Die Bundesregierung hat deshalb entschieden, daß künftig alle wehrdienstfähigen Wehrpflichtigen das heißt 75 vH der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs - bisher 60 - zum Dienst in den Streitkräften oder einem vergleichbaren Dienst eingezogen werden. Zu diesem Zweck wird die Dauer des Grundwehrdienstes auf 15 Monate herabgesetzt. Um gleichzeitig sicherzustellen, daß die Tagesdienststärken in den Kampfverbänden kontinuierlich auf dem erforderlichen hohen Niveau gehalten werden,

wird die Wehrpflichtigenquote im "variablen Umfang" schrittweise von 6.000 auf zunächst 15.000 und später, falls erforderlich, weiter erhöht.

Dieser "variable Umfang" - im Haushaltsgesetz ausgewiesen - enthält neben einer Wehrpflichtigenquote auch Plätze für die Soldaten im dienstzeitbeendenden Unterrichts-berufshilfsdienst und Wehrübungspflanze. Mit der Wehrpflichtigenquote im variablen Umfang soll der Schwund ausgeglichen und zugleich verhindert werden, daß die Inn-Stärke der Streitkräfte unter den organisatorischen Umfang abfällt (rund 460.000 Soldaten). Mit der Entscheidung, die Wehrpflichtigenquote im variablen Umfang zu erhöhen, wird erstmals der Versuch unternommen, die Tagesdienststärke nicht mehr wie bisher üblich kontinuierlich zu lassen. Es gibt Panzerkompanien, in denen ein Schwund bis zu ein Drittel eintritt. Dieser muß besetzt werden. Vor allem bei den Einheiten des Heeres ist dem möglich, da die Dienststärke nicht mehr unter die Friedensstärke sinkt.

Wer aus dieser Erhöhung der Wehrpflichtigenquote im variablen Umfang den Schluß zieht, der Umfang der Streitkräfte würde schrittweise erhöht, übersieht, daß die Bundeswehr schon seit 1969 neben ihrem organisatorischen Umfang auch über einen kleinen variablen Umfang verfügt.

Im Zusammenhang mit der Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf 18 Monate hat die Bundesregierung auch entschieden, daß für alle aus den Streitkräften entlassenen Wehrpflichtigen im Anschluß an die Grundwehrdienstzeit eine Verfügungsbereitschaft von mehreren Monaten einzuführen ist. Diese Verfügungsbereitschaft bedeutet keine schleichende Verlängerung der Grundwehrdienstzeit, sondern besagt nur, daß künftig entlassene Wehrpflichtige im Bedarfsfall rasch, schreibschießend und unkompliziert zu ihrer Truppe zurückgerufen werden können.

Die Erhöhung der Zahl von Wehrpflichtigen, die Konsequenz der kürzeren Grundwehrdienstzeit, belastet die länderübergreifenden Freiwilligen, vor allem die Ausbilder, mehr als bisher. Mehr Wehrpflichtige - Konsequenz von mehr Wehrdienstpflichtigen - bedingen, daß auch mehr Freiwillige gewonnen werden müssen. Deshalb sind die Bundesregierung zusätzliche finanzielle Mittel aufzutreiben, um größere Anreize zu schaffen für die Bewahrung von Landesdienstmannen Freiwilligen.

Für alle diese Maßnahmen, die als ein Ganzes zu betrachten sind, hat die Bundesregierung in ihrer Antwort für den Haushaltshaushalt 1972 und in der mittelfristigen Finanzplanung die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt. Mit diesem Programm hat sie bewiesen, daß sie das Problem der Wehrangerechtheit nicht nur ernst nimmt, sondern auch mit dem gebotenen Ernst zügig lösen will.

Im. 27. 10. 1971. 10

Kein Fest für Parlamentswahlen

Noch harte politische Arbeit in Baden-Württemberg nötig

Von Heinz Bühlinger MfL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Eine einigermaßen zuverlässige Gesamtübersicht zu den Gemeinderats- und Kreistagswahlen, die am 24. Oktober in Baden-Württemberg abgehalten wurden, kann erst in einigen Tagen erwartet werden. Angesichts der Besonderheiten des in diesem Lande geltenden Kommunalwahlgesetzes - mit dem Parascioren und Kommilioren der Stimmen sowie dem diesmal bei der Gemeinderatswahl noch wirkenden rollenlosen System - ist es schwer, eine gesamtpolitische Würdigung der Ergebnisse dieser Wahl vorzunehmen, doch werden einige nicht ungewöhnliche Akzente sichtbar.

Die SPD war mit dem festen Willen angetreten, eine stärkere Politisierung der Kommunalwohnen herbeizuführen. Und in der Tat ist es gelungen, die Position der Wählervereinigungen im Land vielfach erheblich abzuschwächen. Die Tatsache, daß die SPD in zahlreichen auch kleineren Gemeinden erstmals mit einer eigenen Liste auftrat, wirkte sich aus. Insgesamt zeigte sich deutlich nun auch im kommunalen Bereich eine zunehmende Konzentration auf die beiden großen Parteien. Bei Durchzug starken Verlusten der FDP, DVP gewannen SPD und CDU je Schritt einige Prozentpunkte. Dabei allerdings festgestellt werden muß, daß die Ergebnisse lokal und regional sehr stark differieren.

So ergaben sich für die SPD neben vielen sehr erfreulichen Resultaten sowohl in den Städten als in den Landkreisen

auch einige empfindliche Verluste. Die sozialdemokratische Position in den großen Städten konnte generell ausgebaut werden, und auch in manchen ländlichen Bezirken gab es den nicht ganz unerwarteten Aufwärtstrend. Es kann aber nicht übersehen werden, daß Überwiegend erheblichen Gewinnen wie etwa in Freiburg, Vlm und Baden-Baden der Sozialdemokratie für CDU in Karlsruhe und Heidelberg entgegensteht. In anderen Großstädten aber, wo die SPD ihren Bestand nicht allzu weit vergrößern und weiter ausbauen - so in Stuttgart und Heilbronn - ergeben sich bei der Feinauswahlung eine optische und auch tatsächliche Abschwächung des Ergebnisses dadurch, daß einiges an Stimmen durch Panagulierer verstreut wird. Dies mag andererseits gegenläufige Wirkung gehabt haben, aber zweifellos dürfte die Diskussion um Beibehaltung, aber Abschaffung dieser länderübergreiflichen Gepflogenheit, nämlich über Möglichkeit der Stimmübertragung von einem Wahlvorschlag auf einen anderen, neue Klärung erhalten haben.

In einem halben Jahr ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Allen Hinweisen auf den besonderen Zuschnitt der Kommunalwahlen in diesem Land aus Platzgründen immer wieder vorzuziehen. Diese sind eine Art Test für die Wahl zum Landesparlament und auch schon als einen Vortest für die Bundestagswahl darzustellen. Solches Unterfangen muß zweifellos zu Fehlinterpretationen führen, denn das Gewicht von Stimmern und Mandaten in den Gemeinden verschiedenster Größenordnungen ist zu unterschiedlich. Neben Stimmern nach Landeswahl lassen sich einzeln addieren. Und nach wie vor ist im Kommunalbereich in weiten Teilen des ländlichen Landes der Block der sogenannten freien Wählergemeinschaften, deren Anteil sich politisch schwer zuordnen läßt.

Wenn es also überhaupt eine Ausgangsbasis gäbe, dann, mit Vorbehalt, in den großen Städten. Dabei muß dann trotz der insgesamt-Zunahme an sozialdemokratischen Stimmen festgestellt werden, daß der Partei im Blick auf die Wahl des neuen Landtages jedenfalls im Land noch einiges an harter und überzeugender politischer Arbeit bevorsteht.

(- ex. 27. 10. 1971. Evg)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt an die SPD-Mitglieder

Der SPD-Vorsitzende, Bundeskanzler Willy Brandt, hat an sämtliche Mitglieder der SPD einen persönlichen Brief gerichtet, dessen Text wir im vollen Wortlaut verzeichnen:

"Liebe Freunde, vor zwei Jahren bin ich zum Bundeskanzler gewählt worden. Das war nur aufgrund eines Wahlerfolges möglich, zu dem die Mitglieder unserer Partei mit sehr viel Arbeit beigetragen haben.

Heute, in der Mitte der Wahlperiode des Deutschen Bundestages, möchte ich Ihnen über einiges berichten, was wir aus diesem Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei für unser Land gemacht haben. Vieles von dem, was wir uns vorgenommen und in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigt haben, ist bereits abgehandelt:

- Die gesellschaftspolitische Reformarbeit ist ein großes Stück des Wegs vorangekommen. Ich nenne nur die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes, das langfristige Wohnungsbauprogramm, das 624-IX-Gesetz, die Ausbildungs- und Graduiertenförderung, die Maßnahmen zum Umweltschutz, den gesetzlichen Unfallschutz für Kinder und die Einführung kostenloser Vorsorgeuntersuchungen. Über viele solcher Vorkehrungen wissen unsere Mitbürger noch nicht genug. Deshalb legen wir - in Ihrer Orientierung und Argumentationshilfe - in der beiliegenden Halbjahresbilanz zusammengefaßt, was schon erledigt ist. Das ist nicht wenig.
- In weiten Bereichen der Innen- und Gesellschaftspolitik leihen die Planungsunterlagen. Wir haben angefangen zu planen. Wir haben beschrieben, was ist und was wir daraus machen wollen. Ich erinnere an den Gesundheitsbericht, an die Sozialberichte, an den Bildungsbericht, an das Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr.
- Die Außenpolitik der Bundesrepublik hat die Einseitigkeit der früheren Jahre hinter sich gelassen. Über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft wird nicht nur geredet; sie wird endlich Wirklichkeit. Und Kenner wissen, daß unsere Initiativen dabei viel geholfen haben. Gemeinsam mit den Bündnispartnern in der NATO sorgen wir für unsere Sicherheit; zugleich aber bemühen wir uns gemeinsam um Entspannung und Abbau der militärischen Konfrontation. Der Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn sind wir näher gekommen. Was viele Rückständige noch nicht begriffen haben: Hier ist eine Regierung am Werk, die ohne Illusionen, aber mit Beharrlichkeit daran arbeitet, daß der Friede organisiert wird. Wir haben in zwei Jahren zusätzliches Ver-

trauen in der Welt gewonnen. Nicht durch Machtpolitik, sondern durch Friedenspolitik. Sozialdemokraten verstehen, was dies bedeutet.

- Mit dem Berlin-Abkommen der Vier Mächte ist eine Regelung in Sicht, die niemand noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten hätte. Die Bindungen Westberlins zum Bund werden endlich nicht mehr umstritten sein, die Zugangswege werden gesichert, die Besuchsmöglichkeiten bringen menschliche Erleichterungen.
- Wir haben begonnen, sich der DDR zu nähern. Nach ständig Jahren des Auseinanderlebens beginnt der schmerzhafte Prozess, der zu vertraglichen Vereinfachungen führen wird. Dadurch ändert sich nichts an unserer Auffassung über die Stellung, über die Nation, über das Selbstbestimmungsrecht. Aber jetzt geht es darum, von der gegebenen Lage auszugehen, um mit Geduld und Fähigkeit das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten so zu regeln, daß dies dem Frieden und den Menschen vorteilhaft kommt.

Ich weiß wohl, daß viele unserer Freunde wegen der Preisentwicklung besorgt sind. Die Regierung wird auch nicht davon ablassen, um die Wiedergewinnung von mehr Preisstabilität zu ringen. Allerdings darf man, wenn man objektiv sein will, die europäischen und internationalen Zusammenhänge nicht übersehen. Tatsache ist doch, daß die D-Mark heute eine der stabilsten Währungen der Welt ist; daß wir im Vergleich zu vielen anderen Ländern Vollbeschäftigung haben; niemand in unserer Regierung denkt daran, Stabilitätspolitik auf den Rücken der Arbeitnehmer zu betreiben. Und Tatsache ist, daß der Lebensstandard der meisten Menschen in der Bundesrepublik gerade in den letzten beiden Jahren sichtbar gestiegen ist.

Die vergangenen zwei Jahre haben die politische Landschaft und das gesellschaftliche Bewußtsein unserer Mitbürger nicht unwesentlich geändert. Zum Guten, meine ich. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen:

1. Mit der Deutschland- und Außenpolitik wurden Tabus und Illusionen überwunden, an die sich vor allem die konservativen Kräfte in unserem Land noch bis vor kurzem geklammert haben. Unsere Mitbürger sind realistischer geworden. Das finde ich gut, denn Illusionen und Tabus sind schlechte Ratgeber der Politik. Unser Volk ist aufgewachen. Jeder, der die konservative Opposition und ihre Mitstreiter aufmerksam beobachtet, wird bemerkt haben, in welche Bedrängnis man dort gekommen ist, sein die große Mehrheit aller Bürger den Blick nach vorn richtet und Wirklichkeitsformen formeln nicht mehr glaubt.
2. Auch in der Sozial- und Gesellschaftspolitik versuchten die Unionsparteien lange mit der Devise "Keine Experimente" durchzukommen. Das haben wir in immer wiederkehrenden Variationen gehört. Es fehlte nicht nur das Konzept und die Bereitschaft, unser System der sozialen Sicherung systematisch weiterzuentwickeln, es wurden sogar Leistungen abgedaut. Seit die Sozial-

27. Oktober 1971

demokraten regieren, ist das anders. Wir haben die soziale Sicherung ausgebaut: Ich nenne die Gesundheitsvorsorge, die Abschaffung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner, die Dynamisierung der Kriegsoffizierrenten, den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung für alle Angestellten. Inzwischen arbeiten wir an den konkreten Plänen zur Einführung der flexiblen Altersgrenze, des Babyjahren, der Anhebung der Kleinrenten und der Verbesserung des Familienlastenausgleichs. Jeder kann sich davon überzeugen. Sozialpolitik wird heute von denen gemacht, die wissen, daß für viele soziale Sicherung erst wirkliche Freiheit bringt.

Der Weg wurde also frei gemacht für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß solche Veränderungen, daß Reformen und wachsendes Reformbewußtsein von manchen Gruppen als Gefahr für ihre wirtschaftlichen und politischen Privilegien angesehen werden. Wir müssen deshalb darauf rechnen, daß dadurch Kräfte mobilisiert werden, die die politische Auseinandersetzung in unserem Lande hart, sehr hart werden lassen. In einigen vor kurzen erschienenen Zeitungsanzeigen des Wirtschaftsrates der CDU zeichnet sich bereits ab, was hier auf uns zukommt.

Die Sozialdemokratische Partei hat nicht die Möglichkeit, auf jeden Angriff unter Einsatz hoher finanzieller Mittel zu antworten. Wir werden noch mehr als bisher auf die persönliche Überzeugungskraft unserer Mitglieder und Freunde angewiesen sein. Doch diese Überzeugungskraft ist mehr wert als Papier. Ich bitte Sie, jede Möglichkeit zur sachlichen Diskussion mit anderen zu nutzen.

Wenn jeder Sozialdemokrat einen sachlichen Mitarbeiter gewinnen, reicht es für 1973. Wir sollten jetzt damit beginnen. Die Wahl in Bremen war ein großer Erfolg. Die Opposition ist unsicher geworden; sie ist außenpolitisch in der Defensive, im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik ist sie ohne Alternative. Denn viele haben begriffen, daß wir nicht auf einer Insel leben. Und sie haben gemerkt, daß wir das Mögliche geben haben, um uns gegen die schädlichen Einflüsse von außen zu schützen. So gut, das geht.

In der Reformpolitik werden wir in den nächsten beiden Jahren noch manches von dem ernten können, was in den beiden zurückliegenden Jahren gesät worden ist. Wir sollten am Ball bleiben. Wir werden am Ball bleiben. Denn was jetzt am Kalten für Veränderungen gelegt worden ist, darf nicht erstreckt werden. Und es braucht mehr als vier Jahre frischer Luft, um sich richtig entfalten zu können.

Mit freundlichen Grüßen! Willy Brandt

- ex 25.10.1971-bgg